



Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen

107. Sitzung (öffentlich)

22. Januar 2021

Düsseldorf – Haus des Landtags

9:30 Uhr bis 11:45 Uhr

Vorsitz: Hans-Willi Körfges (SPD)

Protokoll: Sitzungsdokumentarischer Dienst

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

1 Gesetz zur Änderung des Landeswasserrechts

7

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/9942

Änderungsantrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/12060

Ausschussprotokoll 17/1189 (*Anhörung am 09.11.2020*)

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/4567

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

– Wortbeiträge

Der Ausschuss stimmt dem Änderungsantrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN zu.

Sodann empfiehlt der Ausschuss mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, den so geänderten Gesetzentwurf anzunehmen.

2 Drittes Gesetz zur Änderung des Krankenhausgestaltungsgesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen

9

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/11162

Ausschussprotokoll 17/1241 (*Anhörung am 08.10.2020*)

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

– Wortbeiträge

Der Ausschuss empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der SPD-Fraktion bei Enthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, den Gesetzentwurf anzunehmen.

3 Missbrauch der EU-Freizügigkeit verhindern – Rechte der Ausländerbehörden stärken

12

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/10645

Schriftliche Anhörung
des Integrationsausschusses
Stellungnahme 17/3488
Stellungnahme 17/3516

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

– keine Wortbeiträge

Der Ausschuss kommt auf Antrag von Roger Beckamp (AfD) überein, die Aussprache zu vertagen.

- 4 Entwurf einer Verordnung zur Änderung der Fluglärmschutzverordnung Münster/Osnabrück 13**
- Unterrichtung
des Präsidenten des Landtags
Drucksache 17/12241
Vorlage 17/4452
- keine Wortbeiträge
- 5 Entwurf der Verwaltungsvereinbarung Städtebauförderung 2021 über die Gewährung von Finanzhilfen des Bundes an die Länder nach Artikel 104b des Grundgesetzes zur Förderung städtebaulicher Maßnahmen (VV Städtebauförderung 2021) 14**
- in Verbindung mit:
- Entwurf der Verwaltungsvereinbarung Investitionspakt zur Förderung von Sportstätten 2021 über die Gewährung von Finanzhilfen des Bundes an die Länder nach Artikel 104b des Grundgesetzes zur Förderung städtebaulicher Maßnahmen im Bereich Sport (VV Investitionspakt Sportstätten 2021)**
- Unterrichtung
des Präsidenten des Landtags
Drucksache 17/12316
Vorlage 17/4509
- Wortbeiträge
- 6 Gesetz zur Änderung des § 58 der Gemeindeordnung und des § 41 der Kreisordnung des Landes Nordrhein-Westfalen 15**
- Gesetzentwurf
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/12059
- keine Wortbeiträge
- Der Ausschuss kommt auf Antrag von Roger Beckamp (AfD) überein, sich an der Anhörung im federführenden Ausschuss nachrichtlich zu beteiligen.

7 Europäisches Bauhausprojekt im nördlichen Ruhrgebiet – Interdisziplinäres Reallabor für nachhaltige Stadtentwicklungskonzepte 16

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/11654

Schriftliche Anhörung des Ausschusses für
Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen
Stellungnahme 17/3472
Stellungnahme 17/3486
Stellungnahme 17/3494
Stellungnahme 17/3495
Stellungnahme 17/3496
Stellungnahme 17/3497
Stellungnahme 17/3498
Stellungnahme 17/3499

– schriftliche Anhörung von Sachverständigen

– Wortbeiträge

8 Coronavirus und die Auswirkungen auf die Kommunen 17

in Verbindung mit:

Impfzentren (*Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 1]*)

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/4563

– mündlicher Bericht der Landesregierung

– Wortbeiträge

9 Flüchtlingsaufnahmegesetz – Rückforderung und Anpassung (*Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 2]*) 34

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/4569

– Wortbeiträge

10 Haushaltsaufstellung in den Kommunen (*Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 3]*) **35**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/4564

– Wortbeiträge

11 KdU-Entlastung (*Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 4]*) **36**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/4550

– keine Wortbeiträge

12 Verschiedenes **37**

* * *

1 Gesetz zur Änderung des Landeswasserrechts

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/9942

Änderungsantrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/12060

Ausschussprotokoll 17/1189 (*Anhörung am 09.11.2020*)

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/4567

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

(Der Gesetzentwurf wurde am 26.08.2020 nach der ersten Lesung einstimmig an den Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz – federführend –, an den Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Landesplanung, an den Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen sowie an den Unterausschuss Bergbausicherheit überwiesen.)

Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE) hält die wesentlichen Punkte für erörtert. Seine Fraktion lehne die Beweislastumkehr selbstverständlich ab, weil sie eine von verschiedenen Sachverständigen bestätigte deutliche Verschlechterung bedeute.

Stefan Kämmerling (SPD) verweist auf seine bereits gemachten Ausführungen. Obwohl er den Ansatz der Landesregierung für die Gesetzesänderung nachvollziehen könne, schwäche sie damit den Gewässerschutz, wie sehr viele Sachverständige bestätigt hätten, und zwar nicht nur die Umweltverbände. Insbesondere mit der Veränderung der Bodenschatzgewinnung in Wasserschutzgebieten werde das Trinkwasser gefährdet.

Auch die Frage, ob Gewässerrandstreifen eine Schutzwirkung für das Trinkwasser entfalten, habe in der Anhörung einen größeren Raum eingenommen. Neben dem Grundwasser spiele in Teilen Nordrhein-Westfalens auch Oberflächenwasser für die Trinkwassergewinnung eine wichtige Rolle.

Die Regelungen zu dem für die Bodenschatzgewinnung erforderlichen Sachverstand machten ihn fassungslos, denn bislang hole ein Dritter Sachverstand ein, der beim Genehmigungsverfahren eine Rolle spiele. Hier erreiche das Papier sein Ziel, dies zukünftig zu verhindern.

Jochen Ritter (CDU) verweist auf die Vereinbarung im Koalitionsvertrag, insbesondere die Stellen im Landesrecht zu überprüfen, an denen der Landesgesetzgeber über den Bundesgesetzgeber hinausgehe. Dabei verliere Schwarz-Gelb selbstverständlich nicht den Gewässerschutz aus den Augen, sondern erhoffe sich von der Gesetzesänderung Spielräume für die Wirtschaft.

Durch eine landesweite Wasserschutzverordnung werde die Koalition dafür sorgen, dass der Schutzzweck bei der Rohstoffgewinnung nach wie vor erreicht werde und das Schutzniveau nicht sinke. Der Vorrang der öffentlichen Trinkwasserversorgung bedeute sogar eine Verbesserung des Grundwasserschutzes.

Die Korrektur in Bezug auf die Sachverständigen bedeute nicht, dass gar kein externer Sachverstand mehr, sondern lediglich solcher ohne übermäßige Belastung der Antragsteller eingeholt werden solle.

Der Ausschuss stimmt dem Änderungsantrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN zu.

Sodann empfiehlt der Ausschuss mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, den so geänderten Gesetzentwurf anzunehmen.